

Novemberhilfe der Bundesregierung ist ein 10 Mrd. Euro teurer Etikettenschwindel

Die Bundesregierung gibt vor, die besonders von Corona betroffenen Branchen retten zu wollen. Gleichzeitig werden im Kleingedruckten bewusst komplexe Hürden eingebaut, sodass wirklich Betroffene weiterhin keinerlei Finanzhilfen bekommen.

Das Rettungsprogramm der Regierung gleicht einem Eisberg. Für die breite Öffentlichkeit gut sichtbare Bereiche wie Theater, Kinos und Gastronomie erhalten jetzt Gelder aus dem Novemberprogramm: 75% des Novemberumsatzes 2019 sollen den Betrieben ausgezahlt werden. Die riesige Zahl nichtsichtbarer Zulieferer und Dienstleister in der Veranstaltungswirtschaft ertrinkt indessen unter der Wasseroberfläche. Sie werden geopfert, indem unrealistische Zulassungshürden in das Novemberprogramm eingefügt wurden.

Mit detailreichen Formulierungen wird der Kreis der antragsberechtigten Unternehmen bewusst klein gehalten. Fast 90 Prozent der Betriebe der deutschen Veranstaltungswirtschaft wird jede Hilfe verwehrt.

Todesurteil für Veranstaltungswirtschaft

„Die Regierung betreibt gerade eine kolossale Triage. Sie beurteilt, welche Branchen rettungswürdig sind und welche Wirtschaftszweige Deutschland in Zukunft nicht mehr braucht. Als nicht überlebenswert wurde der Veranstaltungswirtschaft der schwarze Zettel umgehängt: ‚Opfer, sterben lassen.‘ Dies, obwohl sie der sechstgrößte Wirtschaftszweig mit 100.000 Betrieben und mit über einer Million Beschäftigten ist, deutlich vor der Automobilwirtschaft.“ so **Nico Ubenauf**, Mit-Initiator des Aktionsbündnisses **#AlarmstufeRot**. „Die Bundesregierung betreibt Politik für die Schlagzeilen und nicht für die deutsche Bevölkerung. Hohe Rettungsbeträge schaffen zwar den Weg in die Pressekonferenzen und Abendnachrichten. Nicht aber zu den notleidenden Beschäftigten, zehntausenden So-loselbstständigen und mittelständischen Unternehmen der Veranstaltungswirtschaft.“ kritisiert Ubenauf weiter.

Täuschung der Öffentlichkeit

Politiker von Regierung und Opposition haben auf zwei Bundesdemos, vielen Landeskundgebungen und in drei Sitzungen des Rettungsdialogs mit der

Veranstaltungswirtschaft glaubwürdig versichert, dass sie das Sonderopfer dieser Branche verstanden haben. Unter anderem Finanzminister **Olaf Scholz** (SPD) signalisierte öffentlich, dass genügend Geld für den Sektor bereitstehe. Aber anderen Wirtschaftszweigen, die seit Jahrzehnten in der Lobby von Parlament und Ministerien Bedarfslisten präsentieren, wurden diese Mittel nun zugesprochen. Seit Monaten werden die Wähler schleichend auf dieses Opfer vorbereitet. Mit Aussagen wie: „Party und Kir-mes müssen halt mal ausfallen“ wird bewusst der Blick fehlgeleitet, dass 88 Prozent der Veranstaltungen in Deutschland Wirtschaftsveranstaltungen sind wie Messen, Vollversammlungen, Fachkongresse und Technologieschauen. Hier sichert der Exportweltmeister Deutschland seinen Rekordabsatz. Nur zwölf Prozent der Veranstaltungen entfallen auf die Bereiche Kultur und Soziales. Mit Parolen wie „klotzen nicht kleckern“ wird der Öffentlichkeit das Gefühl vermittelt, dass Arbeitsplätze und Wirtschaftsunternehmen in Deutschland gerettet werden. Mitnichten. Tatsächlich werden die Menschen hierzulande schon 2021 bemerken, dass keine Dienstleister mehr da sind, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit in Form sicherer und organisierter Veranstaltungen ermöglichen können.

Milliardensubvention für Hotellerie und Gastronomie

Die Vertreter des Aktionsbündnisses **#AlarmstufeRot** begrüßen, dass die ebenfalls von der Krise betroffene Hotellerie und Gastronomie mit dem Novemberprogramm gestützt werden. Nachdem es diesen Branchen bereits möglich war, über den Sommer ihrer Geschäftstätigkeit nachzugehen und verlorene Frühjahrsumsätze nachzuholen, erhalten sie nun Subventionen in Milliardenhöhe. Damit dürfte die Regierung eine Klagewelle dieser Berufsverbände verhindern wollen. Doch die Veranstaltungswirtschaft ist seit März noch immer im ersten Lockdown. Über acht Monate ohne Geschäftsgrundlage, ohne Einnahmen und nun ohne Berücksichtigung im Novemberprogramm: Dies ist das Todesurteil, das die Regierung über das deutsche Veranstaltungswesen gesprochen hat. *Quelle: AlarmstufeRot*

www.alarmstuferot.org